

BUNDESLÄNDER

SCHULJAHR

Wie im Krieg

Der Schul-Bus, der allmorgendlich dörfliche Teenager zur Auguste-Viktoria-Schule in Itzehoe bringt, blieb leer. Die 600 Schülerinnen des Gymnasiums streikten.

Für einen Tag traten sie in den Ausstand — weil ihnen, wie allen schleswig-holsteinischen Schülern, die Schulzeit um acht Monate gekürzt werden soll. Mit der Kampflösung „Ein volles Schuljahr auch in der letzten Klasse“ reiheten sich die Itzehoerinnen in die bundesweite Front der Schüler, Eltern und Lehrer ein, die gegen die — von den Kultusministern beschlossene — Umstellung des Schuljahresbeginns von Ostern auf den Herbst mobil machte.

Der Frühlings-Sturm der Entrüstung einte sogar die sonst einander oft feindlichen Volksschullehrer und Studienräte. In Kiel warnte der Chef der schleswig-holsteinischen Philologen, Studiendirektor Christiansen: „Wir rasseln rein wie die Deutschen in den Ersten Weltkrieg.“ Der Hauptvorstand der Lehrer-Gewerkschaft prophezeite einen „Rückschritt um ein halbes Jahrhundert“.

Doch alle Proteste zwischen Waterrkant und Schwarzwald blieben vergebens. In diesem Monat begann für Bundesdeutschlands Lehrer und Schüler zum letzten Male der Ostermarsch ins neue Schuljahr und zugleich die Zeit der größten Verwirrung, die deutsche Schulen bislang in diesem Jahrhundert erlebt haben.

Als sich im Januar die Kultusminister über die Umstellung von Ostern auf den Herbst einigten und komplizierte Wechsel-Jahre bekanntgaben, tröstete der West-Berliner Schulsenator Carl-Heinz Evers noch: „Es hätte noch schlimmer kommen können.“ Für manche seiner Kollegen war es schlimm genug:

- ▷ Eduard Orth (Rheinland-Pfalz): „Ich kapier's jetzt noch nicht ganz.“
- ▷ Claus Joachim von Heydebreck (Schleswig-Holstein): „Gegenwärtig versteht kein Mensch mehr, um was es im einzelnen geht.“
- ▷ Moritz Thape (Bremen): „Kaum die Fachleute“ könnten Auskunft geben, „ich schon gar nicht“.

Doch es kam noch schlimmer. Um überhaupt eine Umstellung des Schuljahres zu bewerkstelligen, mußten die Minister ihre Januar-Beschlüsse zum Teil wieder aufheben und den Wirrwarr noch vergrößern.

Damals im Januar schien ein Minimum an Einheitlichkeit noch sicher zu sein. In fünf Bundesländern (Nordrhein-Westfalen, Hessen, Saarland, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg) sollte es zur sogenannten süddeutschen Lösung kommen: Die Übergangszeit vom 1. April 1966 bis zum 31. Juli 1967 wurde in zwei Kurzschuljahre geteilt, am 1. Dezember 1966 sollte — wie bislang zu Ostern und künftig im Herbst — eingeschult und versetzt werden.



VON SCHICK...

...ein neues Rasiersystem:

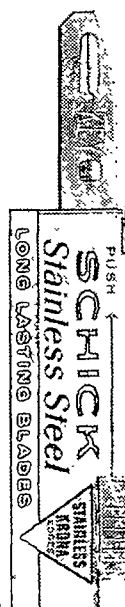
Die Messerrasur mit dem Injector-Rasierer

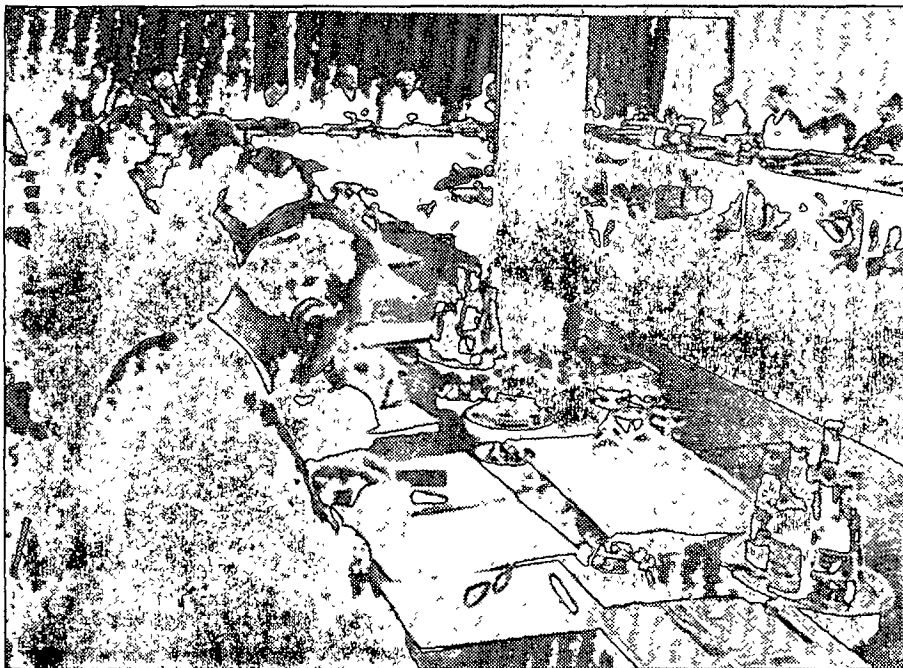
Für Männer... die eine Naßrasur schätzen: gründlich, sorgsam, sauber; die die unübertroffene Messerrasur lieben — für sie hat SCHICK den Injector-Rasierer geschaffen. Der Rasierapparat mit dem Messer. Ein kleines Messer, anstatt der Klinge — eine „Messer“-Klinge, sozusagen. Sie wird mit einem Handgriff eingelegt und ausgewechselt. — Außerdem: sie wird von der Wählscheibe aus auf jede Bartstärke eingestellt. Der klare Vorteil — diese Klinge rasiert schonend und gründlich zugleich. Viele Rasuren lang, sehr viele. Tolle Sache, dieser Injector-Rasierer. Wirklich. Wie gesagt, für Männer, die eine perfekte Rasur schätzen.

SCHICK

VERTRIEB: BARNÄNGENS VADEMECUM GMBH 502 FRECHEN

Magazin mit
5 „Messer“-Klingen
DM 2,50





Konferenz der Kultusminister 1966: Nach sorgfältigen Beratungen ...

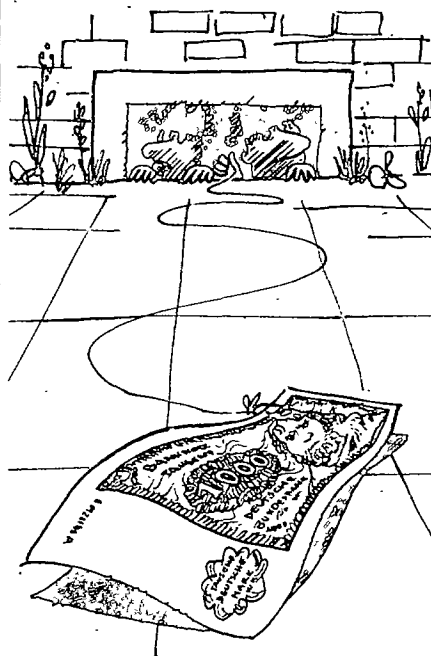
In fünf anderen Bundesländern (Hamburg, Bremen, West-Berlin, Schleswig-Holstein und Niedersachsen) entschied man sich für die „norddeutsche Lösung“: In der Übergangszeit vom 1. April 1966 bis zum 31. Juli 1967 sollte dasselbe Pensum bewältigt werden wie im Süden, doch sollte diese Zeit als „Langschuljahr“ gelten — ohne Einschulung und Versetzung im Dezember 1966. Zum 31. Juli 1967 wollte man die Schüler dann gleich in die übernächste Klasse versetzen.

Einig waren sich alle Kultusminister darüber, daß in der gesamten Bundesrepublik eine dreizehnjährige Schulzeit für alle Abiturienten eingehalten werden sollte: Wer irgendwann Ostern als Abc-Schütze begonnen hatte, sollte auch weiterhin zu Ostern als Abiturient entlassen werden.

Erst als die Eltern und Schüler sich über die im Detail überaus komplizierte Umstellung erregten (SPIEGEL 4/1966), stellten die Kultusminister fest, daß sie ins Blaue hinein geplant hatten.

Der Fehler in der Rechnung, erstmalig aufgedeckt in einem SPIEGEL-Interview mit Niedersachsens Kultusminister Langeheine (SPIEGEL 4/1966): Wenn einerseits künftig im Herbst versetzt wird und andererseits die Abiturienten weiterhin Ostern entlassen werden, gibt es auf Jahre hinaus an den Gymnasien zwei Oberprimen.

Als erste kapitulierten die Gelehrten unter den Ministern, die Professoren Mikat (Nordrhein-Westfalen), Hahn (Baden-Württemberg) und Schütte (Hessen): Für eine solche Lösung fehlte es in ihren Ländern an Klassenzimmern und Lehrkräften. Und im Februar hoben



Das Geld liegt nicht auf der Straße.

Lassen Sie sich nicht verführen, von unvernünftigen Rendite-Versprechungen.

Der Zweithausbesitz in Europa ist eine vernünftige Geldanlage, aber trotz Wertsteigerung und Mieterträgen kein Objekt für sensationelle Spekulationen. Es ist vor allem der Schlüssel zu einer neuen Lebensform, der die Zukunft gehört.

DM 10000,- Eigenkapital erlaubt Ihnen den sofortigen Einzug in Ihr Heim. Ihr Eigentum ermöglicht kostenloses Wohnrecht in allen CONTRACTA-Gebieten in **Deutschland - Frankreich - Irland - Italien - Niederlande - Österreich - Portugal - Schweiz - Spanien.**

Besichtigungsreisen für Kaufinteressenten: Flugreise mit viermotoriger Verkehrsmaschine.

5. - 8. Mai:

COSTA DEL SOL - COSTA BRAVA - MALLORCA - ORCHIDEENINSEL MADEIRA - TESSIN.

Schutzgebühr DM 450,- alles inkl. Ehefrau kostenfrei.

Österreich-Bahnreise im Salonwagen der Deutschen Bundesbahn.

13. - 15. Mai:

THERMALBAD MITTENDORF - SEEFELD - ST. ANTON.

Schutzgebühr DM 200,- alles inkl. Ehefrau kostenfrei.

contracta

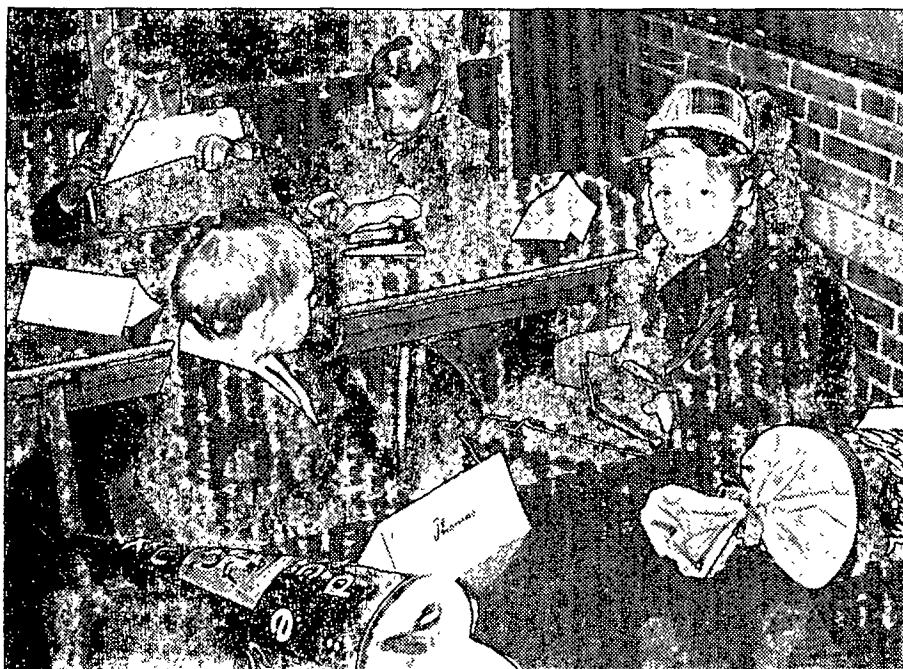
Wiesbaden - Stuttgart - Düsseldorf
FUHREND IN EUROPA

62 Wiesbaden, Rosenstraße 2

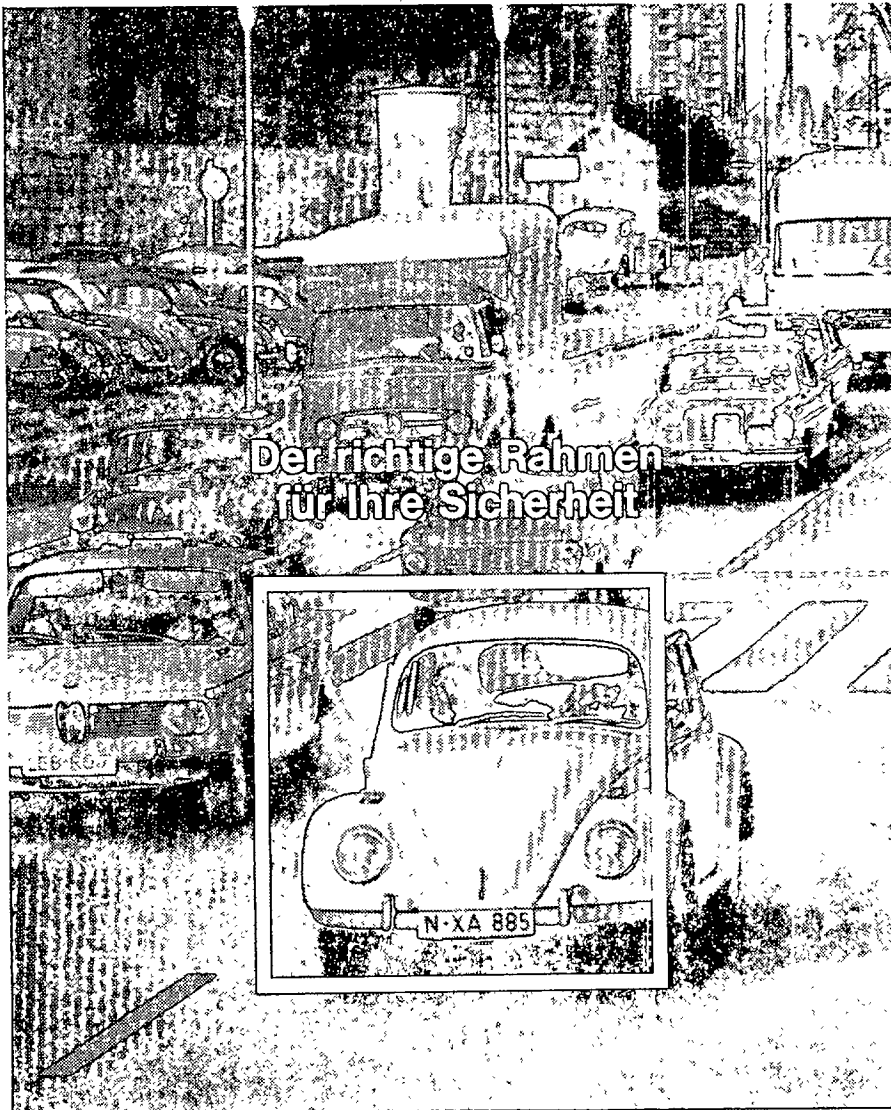
Ruf *06121/39731 - Telex: 04186506

Gutscheine für den
kostenlosen Bezug des farbigen
CONTRACTA-Bildbandes
mit Schallplatte.
Bitte auf Postkarte kleben.
Berufsangabe erbeten.

D 11



... in den größten Wirrwarr des Jahrhunderts. Oster-Einschulung in Hamburg 1966



13/6

IDUNA

Versicherungen

Der Fahrer kann sicher sein. Sicherer als andere – denn Wagen und Fahrer sind voll versichert. Bei einer großen Versicherung. Bei der Iduna.

Auch Sie können sich bei der Iduna gegen die Folgen aller Risiken sichern. Sie können alles versichern: Ihre Familie, Ihren Besitz, Ihren Lebensabend. Versichern Sie, was Ihnen lieb und teuer ist. Die Iduna gibt Ihrer Sicherheit den richtigen Rahmen.

Wo finden Sie die Iduna? Überall in der Bundesrepublik. Die Hauptverwaltung ist in Hamburg. 2000 Hamburg 36, Neue Rabenstraße 15–19

die Ministerpräsidenten der Bundesländer den Abitur-Beschluß auf, den ihre Kultusminister im Januar gefaßt und stolz verkündet hatten. Ergebnis: Statt überall nach dreizehn Jahren Schulzeit wird bis zum Jahre 1978 in der Bundesrepublik überall schon nach zwölf Jahren und vier Monaten Abitur gemacht.

Theoretisch wird damit eine Forderung vieler Schulreformer erfüllt, die seit langem für eine Verkürzung des Weges zum Abitur plädieren. In der Praxis aber wird den Gymnasien ein nahezu systemloses Neben- und Durcheinander von Kurz- und Langschuljahren zugemutet. Schleswig-Holsteins Philologenverband: „Einführung des Notabiturs, wie in Kriegszeiten.“ Und überdies haben die meisten Kultusminister bereits versichert, daß ab 1980 wieder erst nach dreizehn vollen Schuljahren das Abitur abgelegt werden soll.

Wie über die Gymnasien in der gesamten Bundesrepublik, so bricht auch



Kieler Kultusminister von Heydebreck
„Bitte lesen Sie von links nach rechts“

über die norddeutschen Volks- und Mittelschulen ein noch größeres Tohuwabo-
hu herein, als im Januar befürchtet wurde.

In Schleswig-Holstein entschied sich Minister von Heydebreck im März für eine Lösung, die er im Januar noch einen „unzumutbaren bildungspolitischen Rückschritt“ genannt hatte: Auch an den Volks- und Mittelschulen wird die Schulzeit um acht Monate verkürzt. Aus der Volksschule wird – statt nach neun Jahren jeweils zu Ostern – schon nach acht Jahren und vier Monaten jeweils im Herbst, aus der Mittelschule ebenfalls vorzeitig – nach neun Jahren und vier Monaten – entlassen.

In Hamburg hingegen bleibt es für Volks- und Mittelschüler weiterhin bei der Oster-Entlassung, solange noch Jungen und Mädchen auf der Schulbank sitzen, die irgendwann Ostern eingeschult worden sind. Nur Hamburgs Gymnasiasten werden künftig im Herbst entlassen.

Und in Niedersachsen entschied man sich wieder für eine andere Lösung: Dort werden nur die Volksschüler weiterhin zu Ostern, hingegen die Ober- und die Mittelschüler im Herbst entlassen.

Die Folge: Bis zum Jahre 1976 wird also sowohl zu Ostern (de facto in der Zeit zwischen Februar und April) als auch im Herbst (de facto in der Zeit zwischen Mai und Juli) irgendwo in der Bundesrepublik irgend jemand aus irgendeiner Schule entlassen.

Überall in der Bundesrepublik brüten unterdessen Eltern über Tabellen, die mit Kommentaren wie „Bitte lesen Sie das linke Schema Volksschule von links nach rechts, nicht von oben nach unten“ („Die Welt“) veröffentlicht wurden. Und sie fragen sich, ob die Anpassung an den Herbstbeginn, der überall in Europa (abgesehen von einigen Schweizer Kantonen und Liechtenstein) längst üblich ist, und die Vorteile der Einheitlichkeit in der Bundesrepublik (bislang begann nur Bayern im Herbst) schwerer wiegen als die Nachteile, die jahrelang in Kauf genommen werden müssen.

Etlichen Kultusministern hat die Schul-Misere gleichwohl ihren Berufs-Optimismus nicht rauben können.

Hessens Schütte: „Der eminente Vorteil des Herbst-Termins wiegt den Nachteil der Formalien des Übergangs mehr als auf.“

Und Baden-Württembergs Hahn verlangte in einem Rundbrief an die „lieben Eltern“ nahezu Unmögliches: „Auf jeden Fall bitte ich Sie ... mir zu glauben, daß die Beschlüsse über die Schuljahrumstellung nach sorgfältigen Überlegungen und Beratungen gefaßt worden sind.“

Inmitten des Wirrwarrs, den die Kultusminister den Schulen bescherten, bleibt nur ein Teil des Schüler-Lebens unverändert: „Eine Verkürzung der Ferien“, so Hahn, „tritt nicht ein.“

RECHT

ENTSCHEIDUNGEN

Die „Abschlußgebühr“ für einen Bau-sparkassenvertrag kann steuerlich als Sonderausgabe abgesetzt werden (Bundesfinanzhof; Aktenzeichen: VI 191/64 U).

Ausländer müssen sich, sofern nicht zwischenstaatliche Verträge entgegenstehen, eine höhere Besteuerung gefallen lassen als Inländer (Bundesverwaltungsgericht; Aktenzeichen: VII C 180/63).

Hat ein Mieter sich zu Schönheitsreparaturen in seiner Wohnung verpflichtet, so muß er nach seinem Auszug den gesamten Innenanstrich oder die Neutapezierung der übermäßig abgenutzten Räume bezahlen. Mit „Flickarbeit“ braucht sich der Vermieter nicht zufriedenzugeben (Bundesgerichtshof; Aktenzeichen: VIII ZR 189/63).

Die Abrede, ein Streit zwischen Vermieter und Mieter über Wohnungsmängel dürfe nicht gerichtlich entschieden, sondern nur durch Beendigung des Mietvertrags bereinigt werden, ist sittenwidrig und daher nichtig (Landgericht Bonn; Aktenzeichen: 6 S 247/64).

EIN GROSSER COGNAC EIN COURVOISIER



THE BRANDY OF NAPOLEON

CHARLES FOSIE IMPORT HAMBURG 1

